



Pressemitteilung

14.7.2011

Dr. Kavai warnt vor Pflegemisere

Finanzierung der Altenpflegeausbildung in Hessen gefährdet

Main-Kinzig-Kreis - „Das Engagement für unsere älteren Mitbürger sehe ich auch in der Zukunft als wichtigen Auftrag der kommunalen Daseinsfürsorge“, erklärt der zuständige Dezernent des Main-Kinzig-Kreises und Aufsichtsratsvorsitzende der Alten- und Pflegezentren des Main-Kinzig-Kreises, Dr. André Kavai. Der Kreis engagiert sich schon seit seiner Gründung in nicht unerheblichem Maße im Bereich der Altenhilfe und unterhält zur Ausgestaltung dieser Aufgabe im strategischen Bereich die Leitstelle für ältere Bürger und im operativen Bereich die Alten- und Pflegezentren des Main-Kinzig-Kreises als gemeinnützige GmbH und kreiseigenes Unternehmen. Eine wichtige Säule dieses Unternehmens ist dabei das Aus- und Fortbildungsinstitut für Altenpflege in Rodenbach als traditionsreiche Altenpflegeschule.

„Und gerade weil wir diesen Auftrag so ernst nehmen, trifft uns die Ankündigung des hessischen Sozialministeriums zur Änderung der Finanzierungsbedingungen der Altenpflegeausbildung ganz besonders“, macht der Kreisbeigeordnete deutlich. Bereits vor über einem Jahr startete Kavai – gemeinsam mit dem Hanauer Sozialdezernenten Axel Weiß-Thiel – die offensive Aufklärungskampagne „Pflege in Not“. In mehreren öffentlichen Veranstaltungen, Pressekonferenzen und insbesondere bei Demonstrationen in Hanau und Schlüchtern, die von zahlreichen anderen Pflegeorganisationen und -einrichtungen im Main-Kinzig-Kreis sowie der Gewerkschaft ver.di und über 1.000 Teilnehmern unterstützt wurden, wurde auf die bedrohliche Situation hingewiesen. „Der schon heute akute Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung fordern sofortiges Handeln“, zeigt sich Kavai entschlossen. „Daher begrüße ich auch die vom Sozialministerium mit Änderung der Altenpflegeverordnung angestrebte Anhebung der jährlichen Höchstgrenze von 3.500 landesfinanzierten Schülerinnen und Schülern in der Altenpflegeausbildung auf künftig 4.000 ausdrücklich“, lobt der Kreisbeigeordnete die Initiative von Sozialminister Grüttner. Dies sei, wie er meint, ein wichtiger, erster Schritt um dem Bedarf der Zukunft gerecht zu werden. Ziel muss jedoch eine komplette Aufhebung der Deckelung sein.

Wie aus zahlreichen Einrichtungen der Altenpflege sowie den Auswertungen des hessischen Pflegemonitors bekannt, besteht bereits heute ein landesweiter Fachkräftemangel. Dieser wird sich, in Anbetracht der demographischen Entwicklung, in Zukunft noch dramatisch zuspitzen. Bis zum Jahr 2020 werden nach Auswertungen des hessischen Pflegemonitors über 5.100 zusätzliche Pflegefachkräfte in Hessen benötigt, davon etwa 450 im Main-Kinzig-Kreis. Dr. Kavai und Weiss-Thiel haben bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass dringend etwas getan werden muss, um die Altenpflege auch in Zukunft zu sichern. Die Pflege und Versorgung alter Menschen sei

eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben der Zukunft. Ziel muss es daher sein, mehr Menschen für einen Pflegeberuf zu gewinnen. Um dies zu erreichen, müssten auch vorhandene Vorurteile und Hemmschwellen gegenüber der Altenpflege abgebaut werden.

Mit der Kampagne „Pflege in Not – Gemeinsam gegen den Fachkräftemangel“ wirbt Dr. Kawai für den Altenpflegeberuf und setzt sich aktiv dafür ein, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Ziel ist es, das Image des Altenpflegeberufes zu verbessern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. So sollen die Ausbildungskapazitäten in der Region weiter ausgebaut und die Träger ambulanter und stationärer Pflegeeinrichtungen motiviert werden, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. „Dies wird natürlich“, so der Kreisbeigeordnete, „durch geplante Finanzierungsänderungen zur Farce.“

Deswegen bewertet Dr. Kawai die geplante Änderung der Refinanzierungsbedingungen der Altenpflegeausbildung in Hessen auch als dramatisch. „Dies ist der Weg in eine Pflegekatastrophe“, ist sich der Aufsichtsratschef einig mit dem Geschäftsführer des kreiseigenen Unternehmens, Dieter Bien, und der Leiterin des Rodenbacher Aus- und Fortbildungsinstituts für Altenpflege, Monika May. „Der richtige Schritt wäre meines Erachtens die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ausbildung. Hierzu gehört unbestritten auch die finanzielle Ausstattung der Schulen. Da diese im Wesentlichen auf einer Mischkalkulation aufbaut und die Höhe des Schulgeldes seit nahezu zehn Jahren unverändert geblieben ist, spielt natürlich die Erstattung der Pauschalen nach § 16 Abs. 2 der Altenpflegeverordnung hinsichtlich der Refinanzierung der Ausbildung eine wichtige Rolle“, stellt Dr. Kawai klar und führt weiter aus: „Dementsprechend würde die geplante Änderung der sogenannten 90 % - Regelung in § 16 Abs. 3 alle Bemühungen um Sicherung und Stabilität in der Altenpflegeausbildung konterkarieren. So errechnet sich bei einer fiktiven Anwendung der vorgesehenen Neuregelung in den kommenden Jahren ein Fehlbetrag für unsere Altenpflegeschule von 2012 jährlich ca. 17.000 Euro und ab 2014 jährlich ca. 44.000 Euro. Wo dies letztlich hinführt dürfte jedem klar sein.“

Auf Grund der Kenntnis über diese Negativentwicklung in der Refinanzierung, halten es die Verantwortlichen für den Bereich der Altenhilfe im Main-Kinzig-Kreis für zwingend notwendig, von einer entsprechenden Änderung in § 16 Altenpflegeverordnung abzusehen. „Gegebenenfalls sollte dieser Punkt mit Blick auf eine generelle Neuregelung der Finanzierung der Altenpflegeausbildung noch einmal aufgegriffen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls wäre eine solche Veränderung mehr als kontraproduktiv. Deswegen werden wir uns auch massiv für eine Beibehaltung der bestehenden Regelung einsetzen“, zeigt sich Dr. Kawai abschließend kämpferisch.